

Stand: 10.02.2026 14:01:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11958

"Nitratbelastung in Bayerns Grundwasser wirksam reduzieren - Sorgen des Bayerischen Gemeindetages ernst nehmen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11958 vom 15.06.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12996 des UV vom 30.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 10.11.2016
4. Beschluss des Plenums 17/14392 vom 22.11.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 87 vom 22.11.2016



Antrag

der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Ruth Müller, Susann Biedefeld SPD**

Nitratbelastung in Bayerns Grundwasser wirksam reduzieren – Sorgen des Bayerischen Gemeindetags ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, wirksame Maßnahmen gegen die weitere Zunahme der Nitratbelastung in Bayerns Grundwasser zu ergreifen. Hierbei ist der grundwasserschonende Einsatz von Düngemitteln auch außerhalb von Wasserschutzgebieten sicherzustellen, das Verursacherprinzip muss gelten.

Außerdem wird die Staatsregierung aufgefordert, die Ergebnisse des jährlich erscheinenden Kurzberichtes „Grundwasser für die öffentliche Wasserversorgung: Nitrat und Pflanzenschutzmittel [...]“ für das Jahr 2015 umgehend der Öffentlichkeit sowie dem zuständigen Fachausschuss des Landtags zu präsentieren.

Begründung:

Über 90 Prozent des heimischen Trinkwassers wird aus den 258 Grundwasserkörpern im Freistaat gewonnen. Wie der Bayerische Gemeindetag auf einer Tagung im mittelfränkischen Rothenburg ob der Tauber am 10. Mai 2016 bekanntgegeben hat, besteht beim Schutz des bayerischen Grundwassers mittel- und langfristiger Handlungsbedarf durch zunehmende Nitratbelastungen außerhalb von Wasserschutzgebieten. Hierbei sind Gebiete mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung (v.a. Anbau von Gemüse, Hopfen, Mais, Spargel und Wein) besonders stark betroffen, wie aktuelle Messergebnisse des Bayerischen Landesamts für Umwelt (LfU) deutlich machen. An einer Vielzahl von Messstellen (Messnetz zur Zustandsbeurteilung) wird der Grenzwert von 50mg/l Nitrat bereits heute überschritten, obwohl schon geringe Verschlechterungen der Gewässerqualität gegen das in Art. 4 EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) definierte Verschlechterungsverbot der physikalisch-chemischen Qualitätskomponente von Gewässern verstoßen. Da das Grundwasser nur langsam auf Belastungsveränderungen reagiert, bedarf es unbedingt eines rechtzeitigen Eingriffs. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Kosten für wachsende Nitratbelastungen nicht von den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern getragen werden müssen, sondern das Verursacherprinzip muss gelten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl,
Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. SPD**
Drs. 17/11958

**Nitratbelastung in Bayerns Grundwasser wirksam reduzieren -
Sorgen des Bayerischen Gemeindetages ernst nehmen**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Harry Scheuenstuhl**
Mitberichtersteller: **Volker Bauer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 54. Sitzung am 30. Juni 2016 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Christian Magerl
Vorsitzender

Ich hatte im Jahre 1979 eine ziemlich schwere Operation. Da gab es eine Krankenschwester aus der Türkei, die mir überhaupt nicht helfen konnte, weil sie nicht verstand, was ich wollte, und außer ihr sonst niemand anwesend war. Es war noch kein Pfleger da. Wenn ein Pfleger kommt und mit dem Kranken im Gespräch sein muss, ist für ihn das Allerwichtigste die Sprache, um das zu leisten. Deshalb stellt sich für mich die Frage, ob wir Ausländer bekommen, nicht so vorrangig. Ich meine, es ist wichtiger, den Beruf attraktiver zu machen. Wenn derjenige, der die Kaffeemaschine repariert oder anliefert, das Doppelte dessen verdient wie derjenige, der sich um den Kaffeetrinker kümmert, dann stimmt etwas nicht. Hier muss ein Ausgleich her.

Darüber würde ich gerne intensiv mit Ihnen diskutieren, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir es mit einer Generation zu tun haben, die der Hilfe viel stärker bedarf. Wir sollten nicht so sehr über Organisationsformen reden, sondern in erster Linie darüber, wie wir an diejenigen herankommen können, die insgesamt Probleme mit der Gesellschaft bekommen, weil sie alleingelassen sind, weil niemand mehr aus ihrer Familie da ist und weil es in ihrer Umgebung einsamer geworden ist.

Hinzu kommt, dass die junge Generation lieber mit dem Computer spielt, als die Oma zu betreuen.

(Katharina Schulze (GRÜNE): Immer auf die Jugend schimpfen! Typische Redepauschalen!)

– Nein, es geht um die, die nachkommen, und um die Frage, ob sie sich dafür ausbilden lassen wollen oder nicht. Da können Sie so viel dazwischenrufen, wie Sie wollen. In die Berufe der sozialen Betreuung der Menschen wachsen junge Leute weniger hinein, weil sie glauben, mit der Technik leichter weiterzukommen. Der Angriff richtet sich nicht auf die Jugend, sondern auf die Gesellschaft. Das ist einfach so.

(Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Liebe Kollegin, durch das Dazwischenrufen wird die Sache nicht besser. Ihre Lieblingsbeschäftigung ist zu reden, statt zu denken.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Bravo!
– Katharina Schulze (GRÜNE): Oh, oh!)

Die Ausgangsposition für uns heißt in die Zukunft hinein, sich zu kümmern, die Menschen in ihrer Situation abzuholen und diejenigen, die sich in der Pflege engagieren, nicht schlechter zu bezahlen als junge Menschen in anderen Berufen. Nur so kommen wir

ein Stück weiter. Ob die Organisation stimmt, ist dann eine ganz andere Frage.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Goppel. Bevor ich der Kollegin Petersen das Wort erteile – sie kann schon eine Weile ans Mikrofon treten –, darf ich folgende Änderung der Tagesordnung bekannt geben. Der Tagesordnungspunkt 6, Antrag der GRÜNEN betreffend "Veränderungen im Grundstockvermögen früher anzeigen und Zustimmung einholen" wird im Einvernehmen aller Fraktionen heute von der Tagesordnung abgesetzt und voraussichtlich in der Januarsitzung aufgerufen.

Im Anschluss an die Interpellation werde ich die Tagesordnungspunkte 4 und 5 aufrufen und anschließend noch vor der Mittagspause die Tagesordnungspunkte 9 bis 14; das sind die Anträge zum Thema Stärkung des ländlichen Raums. Mir ist signalisiert worden, dass die Fraktionen auch hierzu Einverständnis erklärt haben. Die Redner sind entsprechend verständigt.

Liebe Frau Petersen, nun haben Sie das Wort.

Kathi Petersen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind uns bei diesem Thema inhaltlich weitgehend einig. Die Pflege in Bayern ist ein extrem wichtiges Thema. Das rechtfertigen sowohl die sehr umfangreiche Interpellation der FREIEN WÄHLER – dem Dank dafür kann ich mich nur anschließen – als auch die zahlreichen Anträge, die unter anderem die SPD-Fraktion zu diesem Themenbereich bereits gestellt hat und auch noch stellen wird.

Wir haben schon gehört, dass das Thema Pflege ein sehr umfangreiches und vielfältiges Thema ist. Meine Kollegin Ruth Waldmann hat bereits viele Aspekte angesprochen, beispielsweise die häusliche Pflege, so dass ich mich auf einige wenige Punkte beschränken kann.

Die Staatsregierung und insbesondere das Ministerium für Gesundheit und Pflege ist, wie wir unter anderem den Antworten auf die Interpellation entnehmen können, nicht untätig geblieben. Aber – auch das muss man konstatieren – es gibt noch sehr viel Luft nach oben.

Meine Vorredner haben auch schon davon gesprochen: Der Fachkräftemangel ist ein riesiges Problem im Pflegebereich. Im März 2016 standen 1.663 offenen Stellen 267 arbeitslos gemeldete Altenpflegefachkräfte gegenüber. Das ist ein eklatantes Missverhältnis, das man so nicht hinnehmen kann.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Herbert Woerlein, Ruth Müller, Susann Biedefeld SPD**

Drs. 17/11958, 17/12996

**Nitratbelastung in Bayerns Grundwasser wirksam reduzieren –
Sorgen des Bayerischen Gemeindetags ernst nehmen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Harry Scheuenstuhl

Abg. Walter Nussel

Abg. Volker Bauer

Abg. Gisela Sengl

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Dr. Christian Magerl

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. (SPD)

Nitratbelastung in Bayerns Grundwasser wirksam reduzieren - Sorgen des Bayerischen Gemeindetages ernst nehmen (Drs. 17/11958)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass nach der Geschäftsordnung die Redezeit 24 Minuten beträgt. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die erste Wortmeldung liegt mir vom Kollegen Scheuenstuhl vor.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Über 90 % des heimischen Trinkwassers aus den 258 Grundwasserkörpern im Freistaat Bayern werden von Wasserversorgern genutzt. Sie beziehen von dort ihr Wasser. Jetzt sorgen sich die Wasserversorger über eine steigende Nitratbelastung des Grundwassers. Wie der Bayerische Gemeindetag und die Wasserwerke auf einer Tagung im mittelfränkischen Rothenburg ob der Tauber am 10. Mai 2016 bekannt gegeben haben, besteht beim Schutz des bayerischen Grundwassers mittel- und langfristig Handlungsbedarf wegen zunehmender Nitratbelastung außerhalb von Wasserschutzgebieten. Hierbei sind die Gebiete mit intensiver landwirtschaftlicher Nutzung besonders stark betroffen. Das machen die aktuellen Messergebnisse des Bayerischen Landesamtes für Umwelt deutlich. Ich glaube, das wird niemand bezweifeln.

An einer Vielzahl von Messstellen wird der Grenzwert von 50 Milligramm Nitrat bereits heute überschritten, obwohl schon geringere Verschlechterungen der Wasserqualität gegen das in Artikel 4 der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie definierte Verschlechterungsverbot der physikalisch-chemischen Qualitätskomponente von Gewässern verstoßen. Ich glaube, auch das ist leicht nachvollziehbar. Der Regierungsbezirk Unterfranken ist bayernweit am stärksten belastet. Dort überschreiten rund 17 % aller Proben den zulässigen Grenzwert für Nitrat von 50 Milligramm pro Liter. In Mittelfran-

ken, Niederbayern und in der Oberpfalz sind 10 bis 13 % des geförderten Grundwassers mit Nitratkonzentrationen von mehr als 37,5 Milligramm als stark belastet einzustufen. In Unterfranken liegt der entsprechende Anteil sogar bei knapp 28 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen die Forderungen des Bayerischen Gemeindetages ernst nehmen. Daher haben wir diesen Antrag eingebracht, mit dem wir die Staatsregierung auffordern, wirksame Maßnahmen gegen die weitere Zunahme der Nitratbelastungen in Bayern zu ergreifen. Hierbei ist, wie vom Bayerischen Gemeindetag gefordert, der grundwasserschonende Einsatz von Düngemitteln auch außerhalb von Wasserschutzgebieten sicherzustellen. Da unser Grundwasser nur langsam auf Belastungsveränderungen reagiert, bedarf es unbedingt eines rechtzeitigen Eingriffs. Hierbei ist sicherzustellen, dass die Kosten für Maßnahmen gegen wachsende Nitratbelastungen nicht von den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern getragen werden müssen. Es muss – das ist das Entscheidende dieses Antrags – das Verursacherprinzip gelten.

(Beifall bei der SPD)

Dies fordert der Bayerische Gemeindetag, der immerhin über 2.000 Mitgliedsgemeinden hat. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Enderle, den sogenannten Umweltpräsidenten des Bayerischen Bauernverbandes, zitieren: Angesichts des Engagements unserer Bauern, zusätzliche Umweltleistungen auf dem kooperativen Weg auszubauen, sei das Verhalten mancher Politiker enttäuschend. – Das ist ein Zitat aus einem aktuellen Presseartikel. Diesem Zitat geht der Satz voraus, dass Mindererträge und Mehraufwand für die Bauern vom Wasserversorger finanziell ausgeglichen werden müssen. Das heißt also, dass die Bauern auch noch finanziell entschädigt werden, wenn sie unser Wasser nicht mit Schadstoffen verschmutzen. Das kann man ungefähr damit vergleichen, dass ich jemandem Geld dafür gebe, dass er mir nicht ins Auto hineinfährt.

(Zurufe von der CSU: So ein Schmarrn! – Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das ist doch peinlich!)

Das nenne ich enttäuschend. – Liebe Landwirte, eines möchte ich Ihnen an dieser Stelle sagen: Selbstverständlich steht die SPD-Landtagsfraktion zur bäuerlichen, eigentümergeprägten Landwirtschaft im Freistaat Bayern, und diese wollen wir auch unterstützen.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU)

Es kann nicht sein, dass Agrarfabriken, die hohe Summen erhalten, sich ins Fäustchen lachen, wenn sie unsere Umwelt verschmutzen, und dann auch noch ungeschoren davonkommen, während die Verbraucherinnen und Verbraucher für den entstandenen Schaden bezahlen müssen. Das lassen wir, die SPD, nicht durchgehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch auf eine Meldung der "Nürnberger Nachrichten" von der letzten Woche eingehen. Manche glauben es vielleicht nicht. Laut einer aktuellen Untersuchung des Vereins VSR-Gewässerschutz e.V. wurde bei 25 % – ich betone: ein Viertel! – aller ausgewerteten Grundwasserproben im Raum Nürnberg – kein Trinkwasser, das muss man an der Stelle sagen – der geltende Nitratgrenzwert von 50 Milligramm pro Liter massiv überschritten. Ich betone noch einmal: 50 Milligramm ist der Grenzwert. In Kraftshof bei Nürnberg sind es 127 Milligramm Nitrat pro Liter, in Boxdorf 194 Milligramm pro Liter und im Knoblauchsland gar 205 Milligramm pro Liter. Das ist keine Untersuchung der SPD. Wir haben keine Gutachten in Auftrag gegeben. Das stand in den "Nürnberger Nachrichten". Jeder hätte es lesen können. Vorher waren die Werte noch viel schlechter. Das muss man an der Stelle dazusagen. Gewisse Maßnahmen haben schon zum Ziel geführt, aber vorher war es noch viel schlechter.

Dann kommt der Höhepunkt. Das untersuchte Grundwasser – diese Brühe, das stammt jetzt von mir – sei laut dieser Untersuchung nicht einmal zum Befüllen eines Fischteichs geeignet. Liebe Kollegen von der CSU, es wird Zeit zu handeln.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Nussel.

Walter Nussel (CSU): Herr Kollege Scheuenstuhl, ich musste mich melden, weil Sie es so einseitig darstellen und eine Schelte an die Landwirte verteilen. Sie haben nicht recherchiert, dass es auch Wassergewinnungsgebiete gibt, auf denen keine Gülle ausgebracht wird, in denen der Nitratwert aber trotzdem höher ist. Sie können nicht pauschal sagen, dass nur die Landwirte die Verursacher dieser Grenzwertüberschreitungen sind. Sie müssen sich einmal damit auseinandersetzen, von wo überall Nitrat herkommt, nämlich nicht nur aus der Landwirtschaft. Wenn Sie für die ganze SPD sprechen, sollten Sie es richtig recherchieren und in der Öffentlichkeit darstellen. Ich möchte die Schelte der Landwirtschaft zurückweisen.

(Beifall bei der CSU)

Harry Scheuenstuhl (SPD): Nachdem ich die bäuerliche Landwirtschaft extra gelobt habe, sehe ich das nicht als Schelte an. Ich habe extra die Agrarfabriken erwähnt.

(Zurufe von der CSU)

– Da könnt ihr schreien, was ihr wollt. Ihr müsst halt zuhören. Schaut es euch im Internet noch einmal an.

Wichtig für mich ist natürlich eines, lieber Herr Kollege Nussel – ich habe das vorhin bereits erwähnt: Wenn die Bauern ihre Gülleausbringung verringern, dann zeigt sich im Wasserschutzgebiet – über Wasserschutzgebiete haben wir ja eigene Meinungen –, dass die Messwerte deutlich zurückgehen. Ich brauche hier keine Vermutung anzustellen, sondern jeden Tag wird es belegt. Jeder Wasserversorger, der ein Wasserschutzgebiet hat, der Verträge mit den Bauern abgeschlossen hat, damit sie nicht so viel Gülle ausbringen, kann Ihnen belegen, dass die Nitratwerte im Grundwasser zurückgegangen sind. Damit ist der Beweis erbracht.

Sie sagen, es liege an den Diesel-Pkws. Das wäre einmal eine Untersuchung wert. Gestern war ich bei einem sehr interessanten Vortrag der CSU in Unterfranken. Als Diskussionsteilnehmer war ich dort. Dort wurde diskutiert, ob die Belastung unter Umständen von kaputten Kanälen kommt. Hier darf ich an unseren Antrag "Überprüfung von Privatkanälen" erinnern, die ja in Bayern doppelt so lang sind wie die öffentlichen Kanäle, Schadensgröße bei 60 %, und die Haltung Ihrer Fraktion dazu, hier nichts machen zu wollen. Wir haben gesagt: Das muss kontrolliert werden; die Verbraucher und die Abwasserentsorger müssen finanziell unterstützt werden. Es stehen hier mehrere Milliarden Euro an Investitionen im Raum. Sie können uns gerne beim nächsten Mal unterstützen. Vielleicht bringen wir den Antrag wieder ein. Ansonsten müsste es aus der Luft kommen. Käme es wirklich aus der Luft, dann hätten wir bereits so viel Nitrat in der Luft, dass die Düngung eigentlich untersagt werden müsste. Das wäre die logische Konsequenz.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Bauer.

Volker Bauer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns Abgeordneten des Bayerischen Landtags fällt die verantwortungsvolle Aufgabe zu, Umwelt- und Verbraucherschutz zu gewährleisten und selbigen weiterzuentwickeln. Tragen können wir diese Verantwortung nur, weil wir uns auf hervorragend ausgebildete Experten in den Wasserwirtschaftsämtern, den Landesämtern und Ministerien verlassen können. Ich sage diesen Danke für ihren zuverlässigen und verantwortungsvollen Einsatz.

Ich erlebe bei den Gesprächen beispielsweise mit den Wasserwirtschaftsämtern sehr bodenständige und zuverlässige Mitarbeiter. Von keinem dieser in meinem Stimmkreis lebenden, wohnenden und arbeitenden Mitarbeiter wurde mir in den vergangenen Jahren ein akuter Handlungsbedarf signalisiert.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass unser Wasser bayerisch bleibt. Im Freistaat Bayern werden daher nach wie vor 90 % des heimischen Trinkwassers aus 258 Grundwasserkörpern gewonnen. An 753 Messstellen an Fließgewässern mit mehr als 10 Hektar Einzugsgebiet wird außerdem die Nitratkonzentration von 913 Oberflächengewässern gemessen.

Ich glaube, man kann daher zwei Dinge mit Fug und Recht feststellen. Erstens. Das Netz der Messstationen im Freistaat Bayern ist dicht gezogen. Zweitens. Die verantwortlichen Behörden sorgen sich um die Qualität des Wassers in Bayern. Das mag offensichtlich nicht jeder glauben. Aber, lieber Kollege Scheuenstuhl, auch das ist euer gutes Recht als Opposition.

Immer wieder erbitten die Kollegen von den Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, für Umwelt und Verbraucherschutz und Gesundheit und Pflege ausführliche Zusammenstellungen der Messergebnisse und Maßnahmen und erhalten sie selbstverständlich.

Ich zitiere hier aus der Antwort der Staatskanzlei an den Kollegen Hartmann:

Die Staatsregierung legt höchste Priorität auf eine sorgfältige ... Beantwortung parlamentarischer Anfragen ... trotz der erheblichen Herausforderungen durch den kontinuierlichen Anstieg der Zahl und des Umfangs parlamentarischer Anfragen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist noch sehr höflich dafür ausgedrückt, wie die Opposition die Ministerien und nachgelagerte Behörden mit Anfragen überzieht.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Mit jeder dieser Anfragen soll der Eindruck vermittelt werden, dass es akuten Handlungsbedarf gibt oder dass die Situation sogar noch viel schlimmer wird. Ich wiederhole mich, wenn ich sage: Auch das fällt unter legitime Oppositionsarbeit. Ich wiederhole

mich auch, wenn ich sage, dass hier der Eindruck zu vermitteln versucht wird, dass Versäumnisse vorliegen. Das entspricht nicht der Situation im Freistaat.

Werte Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Freistaat 913 Messstellen an Flusswasserkörpern. Was denken Sie, wie viele davon im Jahr 2014 Werte oberhalb der Umweltqualitätsnorm gemäß Oberflächengewässerverordnung aufwiesen? Es sind sage und schreibe 6 von 913 Flusswasserkörpermessstellen. Des Weiteren haben wir 258 Messstellen an Grundwasserkörpern im Freistaat. Was denken Sie, wie viele davon punktuell, nicht flächendeckend, nur den mittleren Schwellenwert überschreiten? Es sind 48 Grundwasserkörper, nicht einmal ein Fünftel.

Jetzt sagt natürlich die Opposition, das sei zu viel. Aber das gehört natürlich zu ihrer Aufgabe. Dennoch muss ich darauf hinweisen, dass wir in Bayern eine konstante Situation bei der Nitratbelastung haben und dass wir in Bayern lediglich fünf Messstellen mit einem steigenden Trend haben, bei denen Handlungsbedarf besteht, also Maßnahmen zur Trendumkehr bei einem Schwellenwert von 37,5 Milligramm pro Liter erforderlich werden. Dem Kollegen Scheuenstuhl liegt also eine Betrachtung der Ist-Situation vor, die weniger der faktischen Lage entspricht als vielmehr dem politischen Wunsch, Versäumnisse und Handlungsbedarf der Behörden und Ministerien und letztlich der Regierung zu suggerieren.

An dem Antrag, lieber Kollege Scheuenstuhl, wird aber auch deutlich, wes Geistes Kind die SPD nun wirklich ist. Mir klingt noch das Echo des Versuchs der SPD in den Ohren, bei unseren Landwirten zu werben: Unterstützungsantrag und andere schön klingende Worte im Hinblick auf den aktuellen Milchpreis.

Mit dem heute diskutierten Antrag zeigt die SPD, wie wichtig ihr unsere bayerische Landwirtschaft wirklich ist. Mit dem heute diskutierten Antrag zeigt die SPD, dass sie im Zweifel der linken und grünen Verbotsideologie näher steht als den bayerischen Bauern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wieso sollte man sonst den Landwirten ohne Notwendigkeit ein gesetzlich verordnetes flächendeckendes Bewirtschaftungshemmnis aufbürden?

Das, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist nicht der Stil der CSU. Wir stehen zu einer Politik der Ordnung, aber nicht zu einer Politik der Verbote. Wir stehen zu einer Politik der Verantwortung, aber nicht für eine Politik der Panikmache auf Kosten der bayerischen Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Wir stehen für eine Politik des ausgewogenen Verhältnisses zwischen notwendigem Grundwasserschutz und erforderlicher Düngung; denn wir wollen, dass auch für den Bürger, der nicht aufgrund von Ideologie und Einkommensklasse Stammkunde im Bio-markt ist, heimische Lebensmittel in guter Qualität und ausreichender Menge erzeugt werden können. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist auch eine Facette von Verbraucherschutz und Gerechtigkeit.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich durfte vor einigen Wochen einen sehr konstruktiven Dialog zwischen Landwirtschaft und Umweltschützern in meinem Büro moderieren. Beide Seiten erzählten mir, welchen Erfolg vor allem die KULAP-Maßnahmen für den Höfebestand, aber auch für den Umweltschutz haben. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unser Stil. Es geht uns darum, den Grundwasserschutz in Bayern kontinuierlich zu verbessern, und zwar dort, wo es angezeigt ist, dabei auf Dialog mit den Beteiligten zu setzen und Anreize zu schaffen, des Weiteren die heimische Lebensmittelerzeugung nicht noch schwerer zu machen, als sie eh schon ist. Das mag aufwendiger sein als die gesetzliche Keule, es mag aber auch nachhaltiger und wertvoller sein, da etwa KULAP-Maßnahmen über die gesetzlichen Mindestanforderungen hinausgehen und ein konkret zu bezifferndes Minderungspotenzial besitzen. Das sind die wirksamen Maßnahmen, welche die Kollegen fordern. Wir haben diese bereits. Sie werden von der heimischen Landwirtschaft auch gut angenommen.

Abschließend noch ein Wort zur Wirkdauer von Maßnahmen. Sie wissen genauso gut wie ich, dass Maßnahmen, die auf landwirtschaftlichen Flächen durchgeführt werden, ihre Wirkung auf das Grundwasser erst mit Verzögerung entfalten. Der Weg potenzieller Belastungen von der Bodenpassage über das Sickerwasser bis ins Grundwasser ist abhängig von den hydrogeologischen Gegebenheiten und kann mehrere Jahre oder Jahrzehnte dauern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb ist es nicht sinnvoll, im Monats- oder Jahresrhythmus Anträge zu stellen. Ihnen geht es nur darum, Unterstellungen zu machen und die Ministerien zu beschäftigen.

Abschließend kann ich Ihnen versichern: Das Wasser bleibt nicht nur bayerisch, sondern auch unser Lebensmittel Nummer eins, das wir gebührend schützen. Daher freue ich mich auf die Veröffentlichung "Grundwasser für die öffentliche Wasserversorgung: Nitrat und Pflanzenschutzmittel – Kurzbericht 2015" und die anschließende datenbasierte Diskussion im Ausschuss. Damit werden wir erwartungsgemäß den Antrag ablehnen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. Mir liegen zwei Wortmeldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Zunächst hat Herr Kollege Scheuenstuhl das Wort.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Herr Kollege Bauer, auf diesen Zwischenbericht warten wir seit dem Jahr 2015. Ich darf daran erinnern, dass wir bald 2017 haben. Der Zwischenbericht ist somit lange überfällig. Mich wundert es, dass Sie kein Wort zum Verursacherprinzip gesagt haben. Das ist eigentlich Sinn und Zweck dieses Antrags. Die übrigen Punkte sind bekannte Tatsachen. Wir brauchen nicht drum herumzureden. Sie wissen genauso gut wie ich, dass das LfU für Unterfranken und Mittelfranken, jedoch nicht für ganz Bayern, im Hinblick auf die Nitratbelastung eine schlechte Prognose abgegeben hat. Darum geht es. Sie haben selber gesagt, dass es oft Jahre dauere, bis die Maßnahmen wirken. In etlichen Jahren werden 40 % des Grundwassers erheblich belastet sein.

Der Antrag, den wir eingebracht haben, enthält die Meinung des Bayerischen Gemeindetags. Wir freuen uns, wenn Sie die SPD ansprechen. Dazu stehen wir auch. Ich habe den Bayerischen Gemeindetag mehrfach zitiert. Das ist kein geheimer Antrag. Lesen Sie den Antrag, und wenden Sie sich bitte an die Bürgermeister, die das wollen.

Hinsichtlich des Beratungsprinzips darf ich aus der sehr interessanten CSU-Versammlung zitieren. Die Bauern haben sich vor allem über die mangelnde Beratung beklagt. Das gilt insbesondere für die Beratung zu Pflanzenschutzmitteln, nicht nur beim Wassereinsatz. Dabei geht es vor allem um die Auswirkungen auf die Lebensmittelproduktion. Das möchte ich an Sie weitergeben. Herr Kollege Otto Hünnerkopf war auch dabei. Zwar werden die Bauern nicht gänzlich alleine gelassen, sie fühlen sich jedoch nicht gut genug beraten. Ich bitte Sie, das zu beachten. Es sind schon etliche problematische Brunnen geschlossen worden. Das haben wir gestern gehört. Manchmal ist es aufgrund der Vergangenheit schwierig, eine Sanierung durchzuführen.

Volker Bauer (CSU): Ich nehme das zur Kenntnis und antworte darauf. Dieser Sensibilisierungsprozess wird Jahre dauern. Uns allen ist bekannt, dass es problematische Hotspots gibt. Unter Umständen dauert es in dem einen oder anderen Gebiet etwas länger, bis alles ankommt. Deshalb sollte der Landwirtschaft keine Beratungsresistenz attestiert werden. Das wäre unfair.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Sie suchen Beratung!)

– Wer Beratung sucht, wird sie auch bekommen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Eben nicht!)

Wir werden alles dafür tun, um das Beratungsangebot stärker zu kommunizieren.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Zu einer weiteren Zwischenbemerkung hat sich Frau Kollegin Sengl gemeldet.

Gisela Sengl (GRÜNE): Mich hat Ihr Redebeitrag sehr konsterniert. Probleme zu verharmlosen und abzuwiegeln, ist keine Politik. Das ist lächerlich. Wir haben ein konkretes Problem, das konkrete Handlungen erfordert. Diese Handlungen fordern wir ein. Sie sagen immer das Gleiche: Das ist nicht so schlimm. Nicht alle sind schuld. Der ist ganz bestimmt nicht schuld. – Das ist einfach lächerlich – es tut mir leid. Es gibt Daten, alles ist nachgewiesen. Die Zeit der Verharmlosung ist vorbei. Schließlich geht es um unsere Lebensgrundlagen, auch um Ihre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Volker Bauer (CSU): Ich weiß nicht, ob Sie da waren, als ich gesprochen habe. Vielleicht sind Sie heute später gekommen. Gerade habe ich die fünf problematischen Bereiche angesprochen, auf die reagiert wird. Bis sich die gewünschten Effekte einstellen, braucht es Zeit.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Herz.

Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schätze Herrn Kollegen Harry Scheuenstuhl und widerspreche ihm sehr ungern. Ich orientiere mich an einer Zwischenfrage des Kollegen Walter Nussel. Wir müssen das Problem auf eine sachliche Grundlage stellen. Ich möchte hierzu ein paar Zahlen nennen. Wenn die Werte für 96,5 % des Rohwassers in Bayern gut und für 3,5 % des Rohwassers schlecht ausfallen, dürfen wir das nicht dramatisieren und von existenzgefährdenden Grundlagen sprechen.

(Beifall bei der CSU)

Jeder, der sich mit der praktischen Landwirtschaft befasst, weiß, dass alles getan wird. Neulich haben wir die Debatte zur neuen Düngeverordnung geführt. Die Maßnahmen werden von den Landwirten eingeleitet. Das ist teilweise nicht einfach. Ich möchte wei-

tere Fakten benennen. Man kann eindeutig belegen, dass im Grünland – davon gibt es in Bayern noch sehr viel – keine Probleme vorhanden sind. Probleme gibt es im Landkreis Landshut in Hohenthann. Darüber wurde neulich intensiv diskutiert. Dort sind jedoch bereits Maßnahmen eingeleitet worden. Die Düngevorschriften, die ab dem 1. November für Acker und ab dem 15. November für Grünland ein Ausbringverbot vorsehen, gelten für dieses Gebiet schon ab dem 1. September. Das halte ich auch für ganz Bayern für sinnvoll. Sicher ist es nicht praxis- und umweltgerecht, mehr Dünger in einer kürzeren Zeitspanne auszubringen. Das wurde jedoch beschlossen. Einige Länder, die von der SPD und den GRÜNEN regiert werden, wollen die Ausbringverbotsfrist weiter ausdehnen. Das ist nicht zielführend und nicht praxisgerecht. Ich wiederhole noch einmal: In einer kürzeren Zeitspanne wird dieselbe Menge Dünger und damit in einer größeren Konzentration ausgebracht. Wir sollten uns überlegen, wieder zu einer praxisgerechten Ausbringung zu kommen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Die Obergrenze ist festgelegt!)

Ich nenne weitere Fakten. Es gibt grüne Länderminister – vorher hat der Kollege darüber gesprochen –, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, die sagen: Wir müssen weiterhin an den freiwilligen Vereinbarungen festhalten, da sie sich bewährt haben. In Bayern müssen wir ebenfalls Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht stellen. Das hat sich bewährt. Aufgrund der überschrittenen Grenzwerte muss in bestimmten Gebieten gehandelt werden. Außerdem gibt es die viel beachtete Karte des Umweltbundesamts. In Franken, wo es wesentlich weniger Tierhaltung gibt als in Südbayern, haben wir Probleme. Das ist zunächst überraschend, kann aber auf die Bodenbeschaffenheit und die geringen Niederschläge zurückgeführt werden. Dort muss gezielt gehandelt werden. Ich betone das Wort "gezielt". Wenn der Messwert in Mittel- und Unterfranken 50 Milligramm Nitrat pro Liter Rohwasser übersteigt, müssen wir nicht flächendeckend über die bayerische Landwirtschaft herfallen und sagen: Ihr seid die Umweltverschmutzer Nummer eins.

Im Übrigen müssen wir – das wurde schon betont – nicht nur die Landwirtschaft überprüfen. Die Nitratbelastung wird durch mehrere Faktoren verursacht. Wir müssen auf die Einzelfälle reagieren und dort genau hinschauen. Die Düngeverordnung sollte nicht auf die gesamte Landwirtschaft angewendet werden. In Europa haben angeblich lediglich zwei Länder weit überhöhte Werte, nämlich Deutschland und Malta. Das muss man sich einmal vorstellen. Welche Werte haben wir Deutsche gemeldet? Wie machen das andere Länder? Ich kann mir nicht vorstellen, dass auf diesem Gebiet nur Deutschland und Malta Probleme haben, aber die anderen 25 EU-Mitgliedstaaten außen vor sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und Abgeordneten der SPD)

Insgesamt – damit muss ich leider schon zum Ende kommen – haben wir eine detailliertere Betrachtungsweise. Es gilt, genau hinzuschauen, wo Probleme sind. Ich habe bereits letzte Woche gesagt, dass es im Landkreis Vechta-Cloppenburg Probleme gibt. Wenn Gülletourismus stattfinden soll, beispielsweise nach Sachsen-Anhalt, dann müssen wir auch über Betriebsgrößen nachdenken. Aber insgesamt der bayerischen Landwirtschaft den Schwarzen Peter zuzuschieben, wäre völlig verkehrt. Die Probleme liegen im Detail. Insgesamt muss man jedoch sagen: Das bayerische Wasser hat eine gute Qualität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Wir werden dem Antrag selbstverständlich aus vollem Herzen zustimmen. Ich verweise auf meine Rede von vor etwa einer Woche zum ähnlichen Thema. Wer eine Bestandsaufnahme macht, stellt fest: Erstens. Es läuft ein Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland. Die vorangegangenen Weckrufe haben die Bundesregierung und

die Bayerische Staatsregierung missachtet. Dieses Faktum müssen wir zur Kenntnis nehmen.

Zweitens. Die bayerische Umweltverwaltung kommt zu dem Ergebnis, dass bei 38 % der Grundwasserkörper bis zum Jahr 2021/2022 das in der Wasserrahmenrichtlinie der EU vorgeschriebene Ziel nicht erreicht werden kann. Wir werden also das Ziel verfehlen, und zwar sehr deutlich, also nicht nur um ein paar Prozent, wie immer gesagt wird. Das ist ein ernstes Problem.

Ich zitiere zum Thema Nitrat das Bayerische Landesamt für Umwelt. Dort heißt es unter der Überschrift "Noch keine Trendumkehr bei Nitrat" am Schluss dieses Artikels, eine Besserung sei nicht erkennbar. Nachdem uns das Vertragsverletzungsverfahren im Nacken sitzt, sollte eigentlich irgendwann einmal eine Verbesserung erkennbar sein. Wenn keine Verbesserung erkennbar sein wird, ist das ein Versagen dieser CSU-Staatsregierung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der "Westdeutsche Rundfunk" schreibt über die Anklageschrift der EU gegen Deutschland, es sei ein einmaliges Dokument des Versagens. Die Klageschrift zeichnet akribisch nach, wie Deutschland seit Jahren das Problem ignoriert und die EU-Kommission hinhält. Es beschreibt ausdrücklich, was in der Vergangenheit gelaufen ist. Herr Kollege Bauer, das brauchen Sie nicht schönzureden. Wir haben ein ernstes Problem, was den Stickstoff in unseren Gewässern anbelangt. Wir sind klar für das Verursacherprinzip, deshalb auch unsere Zustimmung zum SPD-Antrag.

Gestatten Sie mir, nachdem Herr Kollege Nussel eine Zwischenfrage gestellt und Herr Kollege Herz darauf abgehoben hat, festzustellen, dass hier ganz klar der Hauptverursacher festgemacht werden kann. Das ist leider Gottes nun mal der Stickstoff aus der Landwirtschaft, sei es per Handelsdünger oder Gülle. Das spielt letztendlich keine Rolle. Dieser Stickstoff stammt von dorthier.

Ich habe die Zahlen auswendig im Kopf. Das Umweltbundesamt veröffentlicht regelmäßig die Statistik zum Stickoxid-Ausstoß in der Bundesrepublik Deutschland. Der Stickoxid-Ausstoß aus anderen Quellen – Industrie, Heizung, Automobil – liegt bei 1,5 bis 1,6 Millionen Tonnen. Dieser aktuelle Wert ist viel zu hoch; darüber brauchen wir uns überhaupt nicht zu unterhalten. Der Wert ist vor allem deshalb so hoch, weil Ihr Bundesverkehrsminister Dobrindt in den letzten Jahren bei den Stickoxiden kläglich versagt hat. Das sollten Sie nämlich dazusagen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch beim Diesel-Skandal hat das Bundesverkehrsministerium versagt und versagt heute noch. Da wäre wegen des Grundwassers, aber wesentlich mehr noch wegen der Luftreinhaltung in den Städten dringender Handlungsbedarf angesagt. Wenn Sie sich anschauen, wie viel Handelsdünger in Deutschland ausgebracht wird und dass 1,5 bis 1,6 Millionen Tonnen Stickoxid ausgestoßen werden, werden Sie feststellen, dass in der Relation Welten dazwischen liegen.

Wir sollten dies nicht vernachlässigen, dürfen aber auch nicht auf einen Nebenkriegsschauplatz ausweichen und sagen, das sind die Autos oder die undichten Kanalisationen. Nein, wir brauchen in Bayern und Deutschland eine andere Landwirtschaftspolitik. Wir brauchen hier eine deutliche Wende. Diese Wende sollte nach Möglichkeit mit den Landwirten passieren. Wenn dies nicht möglich ist, müssen wir über ordnungspolitische Maßnahmen reden. Ich verstehe nicht, dass wir in manchen Bereichen derartige Probleme haben, wenn man das Wort "Ordnung" in den Mund nimmt. Woanders hat man mit dem Begriff "Ordnung" kein Problem – oder, Herr Minister Herrmann?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen, wie gesagt, eine ganz deutliche Änderung. Die Einzugsgebiete müssen in Bezug auf den Stickstoffausstoß saniert werden. Wir brauchen eine wirklich wirksame Düngeverordnung auf Bundesebene, sodass der Ausstoß entsprechend eingeschränkt wird, damit die Werte endlich gesenkt werden; denn das ist dringend notwen-

dig. Wir brauchen eine wesentlich umfassendere Förderung des Ökolandbaus; denn diese Form der Bewirtschaftung bedeutet, dass von dort keine Stickstoff-Probleme ausgehen. Mit diesen Maßnahmen können wir das Problem in den Griff bekommen.

Ich verweise auf unseren Antrag von vor fast 14 Tagen, wobei wir ein umfassendes Antragsbündel zusammengestellt haben. Die Forderungen liegen klar auf dem Tisch. Sie müssen ihnen nur folgen. Deshalb noch einmal meine Bitte auch in Richtung CSU und FREIE WÄHLER: Stimmen Sie dem SPD-Antrag zu. Er geht in die richtige Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.